



Petra Merkel, MdB

Newsletter * Newsletter *** Newsletter**

Ausgabe: 02/2008

Aus dem Inhalt:

- Anmerkungen zur Steueraffäre
- Erbschaftssteuerreform beraten
- Änderung des Stammzellgesetzes
- Änderung des Tierschutzgesetzes
- ecopolicyade in Berlin gestartet
- Zwei Gedenkstättenfahrten der SPD-Berlin
- Petra Merkel zu Gast beim Schornsteinfeger und bei Taxifahrern

Aus dem Bundestag

Ein Thema in dieser Woche war die Steueraffäre um den Ex-Post Chef Zumwinkel. Sicherlich nur die Spitze eines Eisberges! Ich zitiere hier meinen Fraktionsvorsitzenden, Dr. Peter Struck, der, wie ich finde, passende Worte hierfür gefunden hat.

„... Es ist kaum zu glauben, was wir in den letzten Tagen erlebt haben. Ein millionenschwerer Manager schert sich nicht um Recht und Gesetz und hat offenbar seit Jahren Steuerhinterziehung begangen. Ich befürchte, dass der Fall Zumwinkel kein Einzelfall ist. Die Hausdurchsuchungen der nächsten Tage und Wochen werden Aufschluss darüber bringen, wie viele Personen tatsächlich den Staat und seine Gemeinschaft systematisch hintergangen und betrogen haben.

Ich habe für diese Raffgier kein Verständnis. Ausgerechnet diejenigen, die tagein tagaus weitere soziale Einschnitte fordern und den Bürgern abverlangen, den Gürtel enger zu schnallen, brechen Recht und Gesetz und tragen somit dazu bei, dass der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft weiter bröckelt.



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

Wer sich selbst als „Wirtschaftselite“ bezeichnet, muss seine Verantwortung für das Gemeinwohl unter Beweis stellen. Das altmodische Wort „Anstand“ muss in den Chefetagen wieder Einzug halten. Keine Abgeltungssteuer, keine Erbschaftsteuer, kein Spitzensteuersatz rechtfertigen Steuerbetrug. Recht und Gesetz müssen in Deutschland für alle gleichermaßen gelten. Deshalb erwarte ich auch, dass die Vorwürfe gegen Herrn Zumwinkel vollständig ermittelt und in einem Gerichtsverfahren geklärt werden. Die bestehenden Gesetze müssen konsequent angewandt werden. Ob eine Gesetzesverschärfung tatsächlich notwendig und zielführend ist, werden wir prüfen. Bezeichnend ist übrigens das Verhalten der FDP. Sie regt sich mehr über die Amtshilfe des BND auf, als über hunderte möglicher Fälle von Steuerhinterziehung. Man hat fast den Eindruck, die FDP bangt um einen Teil ihrer Klientel. Ich habe keinen Zweifel, dass sich der BND korrekt verhalten hat. Nächste Woche werden die beiden Geschäftsführenden Fraktionsvorstände von SPD und Union in Bonn zu einer Klausur zusammenkommen.“

STAMMZELLGESETZ

Letzte Woche hat sich der Deutsche Bundestag in einer dreistündigen Debatte mit einer möglichen Neufassung des Stammzellgesetzes befasst. Verschiedene Gesetzentwürfe wurden debattiert. Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Frage, ob die Bedingungen für die Forschung mit embryonalen Stammzellen verändert werden sollen. Dieses Thema wird auch in der Öffentlichkeit sehr kontrovers diskutiert und ist sehr emotional besetzt.

Ich habe lange überlegt, welchem Antrag ich mich anschließen soll und habe dann den „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Stammzellgesetzes der Initiatoren: René Röspel, Ilse Aigner, Jörg Tauss, Thomas Rachel, Carola Reimann“ unterzeichnet. Wichtig war mir insbesondere, dass eine Änderung des Stammzellgesetzes die Forschung mit adulten Stammzellen nicht behindern wird. Bei diesem Gesetzentwurf ist es meiner Meinung nach so, dass wir für die Stammzellforschung bessere Bedingungen für deutsche Forscher schaffen, aber sicherstellen, dass der Schwerpunkt nach wie vor auf der adulten Stammzellforschung liegen wird.

Mit dem 2002 mit großer Mehrheit beschlossenen Stammzellgesetz hat der Deutsche Bundestag die Einfuhr und Forschung mit embryonalen Stammzelllinien unter engen Voraussetzungen zugelassen. Zu den Voraussetzungen gehört, dass die Zellen im Herkunftsland vor dem 1. Januar 2002 gewonnen wurden. Diese Stichtagsregelung ermöglicht der Forschung den Zugriff auf bereits bestehende Stammzellen, ohne dass dadurch eine Anreizwirkung zur Tötung von Embryonen im Ausland ausgeht. Auf diese Weise wurde ein Kompromiss zwischen dem ethischen



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

Ziel des Embryonenschutzes und der grundrechtlich garantierten Forschungsfreiheit gefunden.

Seitens der Wissenschaft wurde dargelegt, dass der deutschen Forschung nur noch wenige Stammzelllinien zur Verfügung stünden, die zudem nicht mehr den internationalen Qualitätsstandards entsprechen. Dies könne in naher Zukunft dazu führen, dass in Deutschland embryonale Stammzellforschung auf hohem Niveau unmöglich wird. Außerdem klagen Wissenschaftler über mangelnde Rechtssicherheit und drohende Strafen, wenn sie sich an internationalen Forschungsprojekten beteiligen.

Vor diesem Hintergrund hat sich in den vergangenen Monaten eine neue Debatte über Möglichkeiten und Grenzen der embryonalen Stammzellforschung entwickelt. Hier in Kürze ein Überblick über die restlichen Gesetzentwürfe::

Entwurf eines Gesetzes für eine menschenfreundliche Medizin – Gesetz zur Änderung des Stammzellgesetzes (Drs. 16/7982)

Initiatoren: Ulrike Flach, Rolf Stöckel, Katherina Reiche

Ziel ist die Aufhebung der Stichtagsregelung und der Strafvorschriften: Die geltenden Bestimmungen schränken die verfassungsrechtlich garantierte Forschungsfreiheit ein und verhindern somit die Entwicklung medizinischer Therapien.

Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Sicherstellung des Embryonenschutzes im Zusammenhang mit menschlichen embryonalen Stammzellen (Stammzellgesetz – StZG) vom 28. Juni 2002 (Drs. 16/7983)

Initiatoren: Hubert Hüppe, Maria Eichhorn, Dr. Günter Krings

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass völlig auf die Einfuhr und Verwendung von embryonalen Stammzellen verzichtet wird. Dies käme einem faktischen Forschungsverbot mit embryonalen Stammzellen gleich.

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Stammzellgesetzes (Drs. 16/7981)

Initiatoren: René Röspel, Ilse Aigner, Jörg Tauss, Thomas Rachel, Carola Reimann

Vorgeschlagen wird die einmalige Verschiebung des Stichtages in die jüngste Vergangenheit (1. Mai 2007) sowie eine Klarstellung der Strafbarkeitsregelung. Die Initiatoren argumentieren, mit der einmaligen Stichtagsverschiebung könnte der deutschen Forschung der Zugriff auf mehr als 200 statt derzeit 20 embryonale Stammzelllinien ermöglicht werden, ohne die Schutzwirkung des bestehenden Gesetzes abzuschwächen. Damit würde der im Jahr 2002 erreichte Kompromiss nicht aufgehoben, sondern fortgeschrieben und die ethische Substanz des Gesetzes erhalten. Mit



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

einer klarstellenden Begrenzung der Strafbewehrung auf das Inland solle den Forschern überdies Rechtssicherheit gegeben werden.



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Stammzellgesetzes (Drs. 16/7984)

Initiatoren: Priska Hinz (Herborn), Julia Klöckner, Dr. Herta Däubler-Gmelin

Bei der Verwendung von embryonalen Stammzellen soll der Anwendungsbereich des Gesetzes auf solche Stammzellen, die sich im Inland befinden (§ 2 StZG) beschränkt und die Strafbarkeitsbestimmung entsprechend angepasst werden.

ERBSCHAFTSSTEUERREFORM BERATEN

Am Freitag letzter Woche hat der Deutsche Bundestag in 1. Lesung den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Reform des Erbschaftsteuer- und Bewertungsrechts beraten.

Im November 2006 entschied das Bundesverfassungsgericht, dass das Erbschaftsteuerrecht in seiner derzeitigen Ausgestaltung verfassungswidrig ist. Die Wertermittlungsvorschriften, insbesondere für betrieblich genutztes und Grundvermögen, genügen nicht den Anforderungen des Gleichheitssatzes. Der Gesetzgeber wurde zur Neuregelung bis spätestens Ende 2008 verpflichtet, danach ist das bisherige Recht nicht mehr anwendbar. Gäbe es bis dahin keine Neuregelung fiel die Erbschaftsteuer weg.

Der jetzt vorgelegte Gesetzentwurf ist das Ergebnis der Beratungen einer Bund-/Länder-Arbeitsgruppe unter Leitung von Peer Steinbrück und Roland Koch. Parallel zur Bewertung werden die steuerlichen Verschonungsregelungen mit Blick auf Gemeinwohlgründe – wie vom Bundesverfassungsgericht gefordert – neu konzipiert. Deutlich höhere persönliche Freibeträge in der Steuerklasse I gewährleisten, dass es beim Übergang durchschnittlicher Vermögen im engeren Familienkreis regelmäßig weiterhin zu keiner Erbschaftsteuerbelastung kommt. Dies gilt auch bei selbst genutztem Wohneigentum. Eingetragene Lebenspartner werden hinsichtlich des persönlichen Freibetrages Ehegatten künftig gleichgestellt. Die steuerliche Begünstigung von Betriebsvermögen wird an eine Unternehmensfortführung über 15 Jahre sowie den Erhalt von Arbeitsplätzen geknüpft. Das den Ländern zustehende Steueraufkommen von derzeit jährlich rund vier Milliarden Euro bleibt erhalten.



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

ÄNDERUNG DES TIERSCHUTZGESETZES

Ebenfalls in der letzten Sitzungswoche hat der Deutsche Bundestag den Regierungsentwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Tierschutzgesetzes in 1. Lesung beraten. Gleichzeitig wurde die Unterrichtung durch die Bundesregierung zum Tierschutzbericht 2007 beraten.

Der Gesetzentwurf schafft die Rechtsgrundlage für ein obligatorisches Prüf- und Zulassungsverfahren für serienmäßig hergestellte Stallanlagen. Denn es reicht nicht aus, z. B. eine Mindestgröße für Legehennen-Käfige vorzuschreiben, um für die Tiere ungestörtes Ruhen sicherzustellen. Die SPD-Bundestagsfraktion will mehr Tierschutz durchsetzen: Sie hat deshalb das Prüfverfahren für Stalleinrichtungen initiiert. Dadurch wird auch die Kontrolle der Tierschutzbestimmungen verbessert. Das Prüfverfahren setzt bei den Stallanlagenausrüstern an. Bereits im Werk werden die Stalleinrichtungen auf ihre Tiergerechtigkeit geprüft. Das spart Landwirten später weitere zeit- und kostenaufwändige Einzelprüfungen durch die Genehmigungsbehörden vor Ort. Bereits im Koalitionsvertrag wurde festgehalten, dass ein solches Prüfverfahren für alle Nutztiere eingerichtet werden soll. Der Bundesrat hat zuletzt 2006 im Zusammenhang mit dem Legehennen-Kompromiss beschlossen, dass neue Stallanlagen für Legehennen ab 2012 geprüft sein müssen. Einige in der Union wollen davon nun nichts mehr wissen – aber die SPD-Bundestagsfraktion hält daran fest!

Die Bundesregierung erstattet dem Bundestag alle zwei Jahre Bericht über den Stand der Tierschutzentwicklung. Dem aktuell vorgelegten zehnten Bericht liegen die Jahre 2005 und 2006 zugrunde. In diesem Zeitraum konnten in konsequenter Umsetzung des Verfassungsauftrags wichtige Fortschritte für den Tierschutz erreicht werden. Zum Beispiel wurden im Bereich der Nutztierhaltung spezifische Rechtsvorschriften zur Haltung von Schweinen und Pelztieren in die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung eingefügt. Und für Legehennen bleibt es dabei: Der Batteriekäfig ist ein Auslaufmodell. Auch bei Tiertransporten konnte ein großer Erfolg erzielt werden. Dauerthema der Tierschutzpolitik bleibt der Ersatz von Tierversuchen.



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

Dies & Das

HELGA SIMON

"Die kleine Fotografin mit der Leiter" kennen viele Menschen, nicht nur in unserem Bezirk. Frau Simon ist seit 55 Jahren mit ihrer Kameraausrüstung und der Leiter unterwegs, um Prominente und Erstklässler vor die Linse zu bekommen. So ein Jubiläum ist ungewöhnlich. Deshalb wünsche ich Frau Simon, der immer noch aktiven Fotografin vom Kaiserdamm, zum 80. Geburtstag Gesundheit und den Finger weiterhin zur rechten Zeit am Auslöser!

GEDENKSTÄTTENFAHRTEN

DER BERLINER SPD IM MAI 2008 UND IM SEPTEMBER 2008

Vom 18. bis 23. Mai bietet der SPD-Landesverband Berlin eine Gedenkstättenfahrt nach Warschau, Lublin und Majdanek an. Einer der Höhepunkte der Reise ist die Kranzniederlegung am Mahnmal für die Warschauer Juden, an dem 1970 Willy Brandt nieder kniete.

Die zweite Gedenkstättenfahrt nach Prag, Lidice und Theresienstadt findet vom 15. bis 19. September 2008 statt. In Prag werden die Altstadt, der Hradschin und das Jüdische Viertel, der jüdische Friedhof und die Synagoge besichtigt. In Lidice wird nach der Führung durch die Gedenkstätte und in Theresienstadt nach der Führung durch das Lager und das Museum jeweils eine Kranzniederlegung vorgenommen.

Vorbereitung und Durchführung der Fahrten werden im Auftrag des SPD-Landesverbands Berlin von Paper Press e.V. übernommen. Die Anmeldeunterlagen und ausführliche Programme können bei Paper Press e.V. angefordert werden. Ansprechpartner ist Ed Koch. (Telefon 701 786 40, Fax 701 786 41, Anschrift: Paper Press, Postfach 42 40 03, 12082 Berlin, post@paper-press.de. Weitere Informationen gibt es auch im Internet unter www.gedenkstaettenfahrten.de

Die Kosten liegen bei 445,00 Euro für Prag bzw. 545,00 Euro für Warschau.



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

Aus dem Wahlkreis und aus Berlin

ECOPOLICYADE GESTARTET - Strategiespiel im Unterricht einsetzen

Globalisierung, Nachhaltigkeit – alles hängt mit allem zusammen. Das Computerspiel **ecopolicy** simuliert schwierige Zusammenhänge und schult vernetztes Denken. Deshalb gehört es meiner Meinung nach in den Unterricht der Berliner Schulen. Seit 2006 engagiere ich mich für dieses Ziel, jetzt ist sind wir dabei einen großen Schritt vorangekommen. In einem berlinweiten Wettbewerb, der **ecopolicyade**, treten erstmals verschiedene Teams von Schulen gegeneinander an. Im vergangenen Jahr gelang es mir, die Berliner Stadtreinigung (BSR) als Sponsor und den Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit als Schirmherr zu gewinnen.

Mit einer Auftaktveranstaltung zur **ecopolicyade** im Roten Rathaus präsentierte die BSR der Berliner Öffentlichkeit jetzt das Projekt **ecopolicy**. Angetreten waren fünf Schulteams und je ein Team aus Politik, Wirtschaft und Sport. Im Team Politik spielte der Berliner Landesschulrat Dr. Hans-Jürgen Pokall und der BSR-Personalvorstand Andreas Scholz-Fleischmann mit mir gemeinsam. Im Rahmen der 1. Berliner **ecopolicyade** haben rund hundert Schulen ihre Schulteams ausgespielt. Fünf Teams nahmen im Roten Rathaus am ersten Regionalentscheid teil. Weitere drei Regionalentscheide folgen in den nächsten Wochen. Systemisches Denken, Teamgeist und Verantwortlichkeit werden durch die Computer- Simulation geschult. Unter dem Motto: 'Spielen hilft verstehen' erfand Frederic Vester, der 2003 verstorbene Vordenker der Umweltbewegung, drei realitätsnahe Spielländer - das Industrieland Kybernetien, das Schwellenland Kybinnien und das Entwicklungsland Kyborien, die es zu steuern und zu entwickeln gilt. Das Programm simuliert die Wirkungszusammenhänge, die sich aus einzelnen Spielentscheidungen ergeben. Damit schafft es Verständnis für die ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge dieser Welt. Den Wettbewerb im Roten Rathaus konnte das Team der Paulsen-Oberschule für sich entscheiden. Das Team hat sich damit bereits für das Finale der Berliner **ecopolicyade** am 13. März 2008 qualifiziert. Das Faszinierende an **ecopolicy** ist, dass man genau verfolgen kann, welche Wechselwirkungen die jeweiligen Entscheidungen erzeugen. Denn alles hängt irgendwie mit jedem zusammen und die Folgewirkungen politischer Entscheidungen sind oft verblüffend - wie in der realen Politik. Nun geht es weiter, für dieses Jahr ist ein bundesweiter Wettbewerb mit Unterstützung der Bundeszentrale für politische Bildung geplant.



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

PETRA MERKEL AUF DEN DÄCHERN VON BERLIN

Nachdem ich Ende letzten Jahres eine Veranstaltung mit Schornsteinfegern aus Berlin im Bundestag durchgeführt hatte, folgte nun der Gegenbesuch. Einen Morgen lang begleitet ich am 4. Februar den Schornsteinfeger Heiko Kirmes bei seiner Arbeit u.a. im Danckelmann Kiez. Vom Keller bis auf's Dach so sieht ein „normaler“ Arbeitstag der Glücksbringer aus. Alltag in der Praxis ist z.B. das Messen eines neu eingebauten Brenners in einem Öltank in einem Miethaus, die Überprüfung einer Gastherme und die Überprüfung einer Schornsteinabdichtung!

DISKUSSIONSRUNDE MIT DEM BERLINER TAXIVERBAND

Insgesamt rund 50 Taxiunternehmer und –unternehmerinnen stand ich am 31. Januar als Diskussionspartnerin zur Verfügung. Im Mittelpunkt stand dabei die aktuelle Diskussion über den Mindestlohn und die Anwendbarkeit auf den Taxi-Bereich. Besonders interessierten die Taxifahrer auch die Möglichkeiten gegen Schwarzarbeit vorzugehen. Dieser Austausch ist wichtig! Wir haben verabredet, dass wir diese Diskussion fortsetzen werden.

Termine

BÜRGERSPRECHSTUNDE

Die nächste Bürgersprechstunde findet statt am Freitag, den 14. März 2008, im Wahlkreisbüro, Goethestraße 80, von 15.00 bis 17.00 Uhr. Bitte melden Sie sich telefonisch unter 313 88 82 an, wenn Sie einen Termin möchten.

FAMILIENFÜHRUNG MIT ANE

Am Samstag, den 8 März 2008 findet wieder eine meiner regelmäßigen Führung durch den Deutschen Bundestag speziell für junge Familien mit Kindern statt. In Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Neue Erziehung e.V. biete ich diese Führungen zweimal im Jahr an. So sind in den letzten Jahren schon viele Mütter und Väter gemeinsam mit ihren Kindern der Einladung der Abgeordneten gefolgt und wurden persönlich von mir vom Keller bis zur Kuppel durch das Parlamentsgebäude geführt.

Wenn Sie Interesse haben, an einer dieser Führungen teilzunehmen, melden Sie sich bitte in meinem Büro.